

Blomert, Reinhard

Article — Published Version

Zu diesem Heft - Geliebte Täuschungen

Leviathan: Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Blomert, Reinhard (2016) : Zu diesem Heft - Geliebte Täuschungen, Leviathan: Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, ISSN 1861-8588, Nomos, Baden-Baden, Vol. 44, Iss. 3, pp. 345-350,
<https://doi.org/10.5771/0340-0425-2016-3-345>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/170677>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zu diesem Heft – Geliebte Täuschungen

In der *ZEIT* vom 16. Juni 2016 fand sich eine Beilage, die aufgemacht war wie das *ZEIT-Magazin* und von vielen Leserinnen und Lesern auch so wahrgenommen und gelesen wurde: »Ist es schon zu spät, oder ist der Homo sapiens noch zu retten?« Es waren »Gedankenspiele zu einem aktiven Artenschutz« im Zeitalter des Anthropozän, verfasst vom Reutlinger Unternehmensberater Klaus-Dieter Rauser. Die Kernsätze lauteten:

»Lässt man die Entwicklung der langen Linien in den vergangenen zwanzig Jahren Revue passieren, muss man zukünftig von einer stetigen Abnahme der Überlebenswahrscheinlichkeit der Spezies Homo sapiens ausgehen. Da gegenläufige Entwicklungen allenthalben beschworen werden, in den langen Linien aber bisher nicht erkennbar sind, werden wohl keine weiteren zwanzig Jahre vergehen, bis der Kollaps des Systems Mensch und seiner Maschinerie zum sicheren Ereignis wird.«¹

Rauser kombiniert die Erkenntnis, dass der Natur bereits zu viel zugemutet wurde, mit dem Gedanken, dass der Mensch sich vor sich selbst schützen muss, um sein Überleben als Art sichern zu können. Mit der Stabilisierung der Entwicklungsmöglichkeit des Menschen im Rahmen kultureller Insulation in Gruppen, die sich erfolgreich zu Stämmen und Staaten auswuchs, ging eine Distanzierung von der Natur einher,² die zugleich zu ihrer weitgehenden Verdrängung beziehungsweise scheinbaren Beherrschung führte. Aber die Beherrschung der Natur wird trotz aller naturwissenschaftlichen Entdeckungen stets selektiv und unvollständig bleiben. Heute ist die Natur selbst insuliert und auf dem Rückzug, die Ausbreitung des Menschen wird zum Problem. 90 Prozent der Biomasse aller Säugetiere bestehen aus Nutztieren und aus dem Menschen selbst, das Süßwassersystem ist unter menschlicher Kontrolle, und durch Menschenhand werden 30-mal mehr Sedimente umgeschichtet, als Naturvorgänge es vermögen. »Jeder Cadillac, der neu vom Band rollt, verkürzt das Leben unserer Enkel«, schrieb der Schumpeterschüler Nicholas Georgescu-Roegen schon 1971³ und bezog sich dabei auf das Gesetz der Entropie, also der abnehmenden Ordnung, die durch den Industrialisierungsprozess dramatisch beschleunigt werde. »Rohstoffe tendieren – teils beschleunigt durch wirtschaftliche Prozesse – zu einer immer stärkeren räumlichen Verteilung. [...] Vollständiges Recycling ist daher nicht möglich«, heißt es im Abschlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags zum Thema »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« von

1 Klaus-Dieter Rauser 2016. »Ist es schon zu spät, oder ist der Homo sapiens noch zu retten?«, in *DIE ZEIT*, Beilage vom 16. Juni 2016, S. 25.

2 Vgl. dazu Dieter Claessens 1970. *Instinkt Psyche Geltung. Zur Legitimation menschlichen Verhaltens. Eine soziologische Anthropologie*. Köln, Opladen: Westdeutscher Verlag, hier zum Beispiel S. 170 ff., passim.

3 Nicholas Georgescu-Roegen 1971. *The entropy law and the economic process*. Cambridge: Harvard University Press, zit. nach Christiane Grefe 2016. »Bioökonomie: Wie eine grüne Idee gekapert wird«, in *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8, S. 97-108, hier S. 105.

2013.⁴ Unsere eigene Bewirtschaftung des Planeten wird zur Gefahr, die sogenannte demografische Lücke zur Chance. Der hochtechnisierte Lebensstil in den Industrieländern bringt es mit sich, dass ein Mensch allein durch Atmen, Kochen, Backen, Warmwasserzubereitung, Heizen, Kühlen, Autofahren der Atmosphäre pro Minute 0,3 Liter Kohlendioxid hinzufügt.⁵ Kohlendioxid ist nicht Neben-, sondern Hauptprodukt von Verbrennungsprozessen.

Summarisch zählt Rauser die Faktoren auf, die zum Ende der Menschheit auf diesem Planeten führen, und schlägt ganz im Stil von Unternehmensberatern ein Gegenmittel vor: »Die Entscheidungsträger müssen so manipuliert werden, dass sie nur noch Entscheidungen treffen, die die Arterhaltung befördern oder ihr mindestens nicht entgegenwirken«.⁶ Er stellt sich eine »Bewegung« vor, die sich mit dem konkreten Handeln der Individuen befasst, ihre Sünden wider die Umwelt aufgreift und anprangert: »Weltweit werden alle handelnden Entscheidungsträger, die am ökonomischen Austauschprozess teilnehmen, erfasst, via Internet registriert und dort mit einem persönlichen Konto geführt. [...] Die Aktivitäten eines Entscheidungsträgers bei seiner Teilnahme am ökonomischen Prozess werden erfasst und ausgewertet. Aus den Ergebnissen wird ein persönliches Profil ermittelt [...] Professionelle Öffentlichkeitsarbeit sorgt für den Transport der Informationen zu den relevanten Mitmenschen«.⁷ Der Effekt: Die sozialen Chancen großer Sünder sinken, wer jedoch Pluspunkte erhält, dessen soziale Chancen erhöhen sich. Das Kalkül ist, dass sich mit sozialem Druck mittelfristig die Verhaltensweisen der Menschen ändern – sei es in ihrer Rolle als Konsumenten oder Produzenten.

Die Voraussetzung dieses Plans, dass tatsächlich umweltschädliches Verhalten vollständig erfassbar ist, sei durch Internettransparenz zu gewährleisten, während die Arbeitsfähigkeit der »Bewegung« dadurch zu gewährleisten sei, dass sich nur »die Besten« darin engagieren, dass sie intern demokratisch verfasst ist und finanziert wird nur durch Mitgliedsbeiträge. Jede Funktion solle durch Stellvertreter mehrfach abgesichert sein, und die »internen Strukturen und Kommunikationswege [sollen] vertraulich bleiben«, denn Rauser rechnet mit einem enormen Widerstand der »Profiteure der alten Strukturen«: Da die »Gegner der Bewegung die potenziellen Verlierer hinter sich wissen und zunächst zudem über alle Macht, alle Mittel (einschließlich nahezu unerschöpflicher finanzieller Ressourcen) verfügen, kann die Bewegung ihre Existenz nur mit ausgeklügelten Überlebensstrategien sichern«. Es gelte im Übrigen auch, zu verhindern, »dass sich – quasi irrtümlich – die begünstigte Mehrheit mit den zu Recht ausgegrenzten Verlierern solidarisiert«.⁸

4 Deutscher Bundestag 2013. *Schlussbericht der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft«*. Drucksache 17/13300, 17. Wahlperiode. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, hier S. 359. Vgl. auch Grefe 2016, a. a. O.

5 Vgl. Jens Soentgen 2016. »Wider den umweltpolitischen Utopismus«, in *Merkur* 804, S. 85-92, hier S. 86.

6 Rauser, a. a. O.

7 Ebd., S. 27.

8 Ebd., S. 41 f.

Im Grunde handelt es sich hier um eine Strategie, die Umweltschutzorganisationen von Greenpeace bis zu Foodwatch schon seit jeher nutzten – die Drohung mit dem Pranger soll zur Angst vor Reputationsverlust führen. Instrumente waren allerdings bisher nur Tests und Prüfungen, die sich auf bestimmte Produkte bezogen, nicht die vollständige Durchdringung technischer und wirtschaftlicher Prozesse unter dem Gesichtspunkt einer totalen Ökobilanzierung und ebenfalls nicht die Aufstellung persönlicher Profile, die mit den geltenden Datenschutzregeln auch kaum in Einklang zu bringen wäre.

Ingmar Lippert zeigt in seinem Aufsatz, dass die Angst vor Reputationsverlust zwar in dem von ihm untersuchten Fall eines großen Konzerns zu Maßnahmen geführt hat, die dazu dienen sollen, die Umweltbilanz zu verbessern. Es stellt sich jedoch heraus, dass diese Verbesserungen sich auf Daten beziehen, deren Erhebung schwierig ist, weil sie in vorgefertigte Bilanzposten passen müssen: Im Zweifelsfall, so die Ergebnisse seiner ethnografischen Studie, werden sie im Sinne einer Verbesserung gedeutet, um Reputationsgewinne zu erzielen. Inwieweit hier bewusste Irreführung oder eher das firmenbezogene Loyalitätsgefüge im Vordergrund steht, lässt sich nicht immer unterscheiden, aber Umweltschutz habe, so Lippert, eben doch keine so hohe Priorität, dass die Produktionsweise darauf tatsächlich neu abgestimmt oder umstrukturiert werde. Auch die Politik lasse hier effektive Kontrollen vermissen: Dass hier eine Grauzone besteht, in der die zuständigen Behörden sich nicht besonders engagiert zeigen, möglichen Manipulationen nachzugehen, hat sich allzu deutlich im Falle »Dieselgate« gezeigt, als eine amerikanische Behörde herausfand, dass die Angaben über die tatsächliche Luftverschmutzung von Autos der Marke Volkswagen manipuliert waren. Die hektischen Reaktionen in der europäischen Automobilindustrie weisen darauf hin, dass sich hier gelegentlich Einbrüche und kleine Siege der Umweltbewegung ausmachen lassen, wenn die Angst der Konzerne um Absatzmärkte ins Spiel kommt.

Im Winterheft plädierte Anne-Kathrin Will für die Abschaffung des in der Statistik eingeführten Begriffs »Migrationshintergrund«, mit dem Argument, dass diese Bezeichnung diskriminierende Qualität habe und Staatsbürger daher nicht mehr nach ihrer Herkunft unterschieden werden sollten. Warum soll man die Herkunft verleugnen? Ist sie nicht Teil der Geschichte der Eingebürgerten und erklärt manche Spannungen, die sie auszuhalten haben – nicht nur äußere durch Diskriminierung, sondern auch innere aufgrund ihrer komplexeren Sozialisationsgeschichte in zwei Kulturen? Ingrid Tucci zeigt nun in ihrer Replik, warum man statistische Fakten zur Erforschung der Lebensbedingungen auch der dritten Generation der Zugewanderten sehr gut nutzen kann und daraus Empfehlungen für die Politik ableiten kann.

Wie kommt es, dass die Krankenkassenbeiträge einen immer größeren Anteil am Wertschöpfungsprozess ergattern können⁹, und sogar neue Beiträge erfunden wer-

9 Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen sind von 2011 bis 2015 um 33,4 Mrd. € angestiegen. Lag der Beitragssatz 2011 noch unter 15 Prozent, so liegt er heute bei reduzierten 7,3 Prozent für die Arbeitgeber und bei 8,4 Prozent für die abhängig Beschäftigten; letzterer soll nach Berechnungen des Gesundheitsökonomen Jürgen Wasem auf 9,3 Prozent im Jahre 2019 steigen; vgl. *Handelsblatt* vom 15./16./17. Juli 2016, S. 6.

den, um etwa Pflegedienste mit einem eigenen Budget auszustatten, während die Niederhaltung der Rentenbeiträge, die zu einer absehbaren Altersarmut führt, geradezu zum Staatsziel erklärt wird? Dass Rentner(innen) eine diffuse Gruppe bilden, die schwer zu einigen ist, wogegen die Spieler in der Medizinbranche – allen voran die Pharmaindustrie – ihre Verbandsmacht einsetzen können, ist sicherlich ein Grund für diese nachhaltig wirkende Fehlentwicklung, bei der die politische Elite den Streit um die Anteile an den Krankenkassenbeiträgen einfach über die Erhöhung der Beiträge der Arbeitnehmer lösen kann. Unser Autor Michael Noweski beschreibt, wie parallel zu diesen politischen Entscheidungsprozessen in den Vorstandsetagen der großen Unternehmen der Pharmaindustrie ein neuer Geist einzieht, die pharmazeutischen Heilberufe nach und nach den Betriebswirten weichen müssen: Medizinisch-pharmazeutisches Berufsethos verliert damit an Entscheidungsmacht gegenüber rein ökonomischem Kalkül.

Der Athener Demeades klagte gegen einen Beerdigungsunternehmer, der die zu Beerdigungen notwendigen Gegenstände verkaufte, mit dem Argument, dass dieses Geschäft Gewinne erziele durch den Tod vieler Menschen. Aber, so fragt Montaigne, der diesen Fall schildert, ist es nicht überall so? Macht nicht der Kaufmann nur gute Geschäfte durch die Schlemmerei der Jugend? Der Landmann durch die Teuerung des Getreides und der Architekt durch den Einsturz von Häusern? Die Anwälte werden erst durch Streitigkeiten der Leute miteinander reich, und der Arzt, so sagt es wenigstens der griechische Komiker, empfinde nicht einmal Freude über die Gesundheit seiner Freunde. Der Gewinn des einen, so resümiert Montaigne, geht auf Kosten des anderen und setzt Ruin des anderen voraus.

Man muss Montaigne hier nicht zustimmen: Die Gesellschaften haben verschiedene Mittel gegen das Übermaß der menschlichen Gier entwickelt, nämlich die traditionelle Verteilung nach Position in Familien und Clans, aber vor allem Zünfte und Genossenschaften, die Preise und Mengen festlegen, und schließlich in der Industriegesellschaft die zentrale Planwirtschaft und den Markt, der auf Konkurrenz beruht. Die Planwirtschaftsutopie hatte kaum irgendwelche Stellschrauben in ihrem groben Räderwerk, um die allgemeinen Ziele mit den Zielen der Produzenten und Konsumenten in Einklang zu bringen, und die Marktwirtschaft des Kapitalismus hat zwar den von Marx so euphemistisch gelobten Überfluss, aber zugleich den Profit als Norm, den Raubbau und den Plastikmüll produziert. Sie beschleunigt den Prozess der Entropie, neigt, wie wir wissen, zu Exzessen und hegt Marktmacht und Gier nicht ein, weil das Konkurrenzprinzip ohne politische Interventionen permanent unterlaufen wird. Am besten scheint jahrtausendlang die Zunftwirtschaft funktioniert zu haben, die die Gier durch innere religiöse und äußere Zunftschranken zähmen konnte und nicht über den tatsächlichen Bedarf hinaus produziert hat.¹⁰ Zünfte waren stets zugleich Versicherungen auf Gegenseitigkeit, gegen Schä-

10 »Nicht der Kapitalismus, sondern die Beschränkung, die man ihm auferlegt, steht im Gegensatz zu den ursprünglichen Trieben des Menschen. Der Mensch strebt von sich aus nach uneingeschränkter Wirtschaftsbetätigung. Das Zunftwesen schaffte die ökonomische Freiheit deshalb ab, weil sie eine Gefahr für die Mehrheit bildete. Die Mehrheit mußte aber für diese Maßnahme über die öffentlich-rechtliche Gewalt verfügen«; Henri Pirenne 1961. *Geschichte Europas*, 8. Buch. Frankfurt a. M.: Fischer, S. 604, Anm. 1.

den, die jeden treffen können, aber auch zur gegenseitigen Absicherung im Alter und bei Krankheit. Schon im Altertum hat es zunftartige Vereinigungen gegeben: In Athen waren die Bürger in berufsbezogenen Collegien organisiert, die zugleich als Versicherungen auf Gegenseitigkeit fungierten und etwa die Kosten für die teuren Beerdigungen übernahmen. Montaignes Überlegungen waren also anachronistisch, Demeades lebte in einer Gesellschaft, in der seine Klage durchaus Aussicht auf Erfolg hatte. Berufe mit eigenen Banken, Renten- und Krankenversicherungen gibt es noch immer, in ihnen spiegeln sich noch die Zunftgrundsätze. Montaigne zeigt allerdings die Gefahren auf, die sich aus der Verdrängung des Berufsethos ergeben.¹¹

Die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union misst sich an den Idealen, die mit ihr verbunden werden, dazu gehört die Rechtsstaatlichkeit, die zu bewahren die Organe der Mitgliedstaaten angehalten sind. Und die EU selbst hat sich das Ziel gesetzt, auf Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit durch die Mitgliedsländer mit bestimmten Mechanismen zu reagieren, die zu ihrer Durchsetzung beitragen sollen. Im letzten Heft hatte Michael Blauburger auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die den Verfahren gegen Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit entgegenstehen: Tatsächlich besitzt die EU einen Sanktionsmechanismus in Artikel 7 des EU-Vertrags von Amsterdam (1996) und kann von europäischer Ebene aus mitgliedstaatliche Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einfordern. Martin Mendelski schreibt nun in seiner Replik, wie einseitig dieser Mechanismus bisher im Sinne einer (neo)liberalen Politik eingesetzt wurde – Regierungen, die Verfassungsnormen verletzten, aber die liberale Deregulierungsagenda der EU beförderten, wurden nicht oder seltener dem Sanktionsmechanismus unterworfen als Regierungen, die autonomieschonendere und gemeinschaftsverträglichere Demokratiekonzepte vertraten. Dass darunter die Glaubwürdigkeit der EU leiden musste, leuchtet unmittelbar ein. Mendelski macht Vorschläge, wie diese Schwäche der EU zu heilen wäre. Doch wie realistisch ist das? Welche Kräfte im Machtgefüge der EU wären in der Lage, hier Remedur zu schaffen? Statt zu verschwinden, haben sich die Ressentiments, die die Eingriffe der EU in die demokratisch auf nationaler Ebene errungenen Schutzinstitutionen der Mitgliedstaaten hinterlassen, vermehrt, und der Volksentscheid der Briten erinnert stark an die unverstellte Einsicht des Kindes, das feststellt, dass der König nackt ist: »Sie optierten für einen scharfen Richtungswechsel, als ihnen klar wurde, dass die Versprechungen der Europäischen Reformen hohl und leer waren. Die Konsequenzen können bereits beobachtet werden: rascher politischer Wechsel in Britannien und ein beschleunigter Prozess der Auflösung der Europäischen Union«.¹² Nicht nur John Gray, sondern eine ganze Reihe von Kritikern hält die EU für unfähig, ihren Kurs zu wechseln. Die EU, die es nicht geschafft hat, der Zielvorgabe der schrankenlosen Offenheit der Märkte ein zweites Ziel des gemeinsamen Wohlfahrtsstaates

11 Zu den Zielen der EU im Dienstleistungssektor zählt die sogenannte »Öffnung« der Berufe, also von Architekten, Ärzten, Pharmazeuten, Rechtsanwälten, Notaren, die bislang noch nach Honorarsätzen bezahlt wurden, künftig aber nach Erfolg honoriert werden sollen.

12 John Gray 2016. »The strange death of liberal politics. The world is changing in ways the British left cannot comprehend«, in *New Statesman* vom 5. Juli 2016.

gegenüberzustellen, bezahlt dies mit der Abkehr der Europäer von ihrem Projekt: »Das Bild einer sicheren Option, das Europa geboten hatte, ist verschwunden und hat dem Bild eines gescheiterten Experiments Platz gemacht. Eine Mehrheit der britischen Wähler hat diese Tatsache begriffen, während das politische Establishment nichts davon verstanden hat«. ¹³ Allerdings könnte gerade die Erfahrung des Austrittswunsches der Briten hier zu einem Wandel führen. ¹⁴

Führt Ideologiekritik zur Verneinung der Pluralität? Das ist jedenfalls die Essenz des Aufsatzes von Jürgen Förster, in dem er die These vertritt, dass Raymond Geuss letztlich als Ideologiekritiker ein zweckrationales Verständnis von Politik habe, also einen Begriff von Politik, in der – so argumentiert Förster mit Hannah Arendt – Handeln als »Akt des Herstellens« verstanden wird. Das aber führe zwangsläufig zur Negierung der politischen Pluralität und letztlich der Politik, denn Politik sei nichts anderes als die »conditio per quam« der Pluralität.

Die sogenannten »kreativen Berufe«, die man in der neuen digitalen Welt am Werke sieht, rückt die Bürotätigkeiten von Programmierern und Entdeckern von Marktlücken in der virtuellen Welt der Rechner merkwürdigerweise in die Nähe von Künstlern. Ist der Grund hierfür eine Wandlung des Künstlers, einst Projektionsfigur und Gegenbild zum bürgerlichen Berufsmenschen, der zum Leitbild für das veränderte Tätigkeitsprofil in der postmodernen Arbeitswelt mutiert? Oder haben wir es hier mit einer propagandistischen Leistung der Chefs der Internetindustrie zu tun, die ihre prekären Klickarbeiter zu Künstlern adeln, um ihnen trotz der hohen Anforderungen an Flexibilität und Arbeitsbereitschaft das volatile und daher künstlergleiche Honorar schmackhaft zu machen? Walter Müller-Jentsch diskutiert hier die Fragwürdigkeit und Selektivität des Vergleichs.

Reinhard Blomert

¹³ Ebd.

¹⁴ Vgl. Jürgen Habermas 2016. »Die Spieler treten ab. Kerneuropa als Rettung: Ein Gespräch mit Jürgen Habermas über den Brexit und die EU-Krise«, Interview: Thomas Assheuer, in *DIE ZEIT* vom 9. Juli 2016, Nr. 29/2016.